



Arbeitskräftemangel, Europapolitik

Chaos-Initiative: **Gefahr für Wohlstand und Stabilität** der Schweiz

16.12.2025

Auf einen Blick

- Eine starre Bevölkerungsobergrenze würde zu einer grossen Unsicherheit führen, da sie den Arbeitskräftemangel verschärft und unsere Altersvorsorge zusätzlich unter Druck setzt.
- Die Initiative ignoriert die demografischen Herausforderungen und schafft zusätzliche Bürokratie, Unsicherheit und Instabilität.
- Statt starrer Obergrenzen braucht es gezielte Massnahmen zur Produktivitätssteigerung und besseren Nutzung des inländischen Potenzials.

Der Ständerat hat an seiner Sitzung vom 15. Dezember 2025 die Initiative der SVP «Keine 10-Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» abgelehnt. Dies ist ein wichtiges Zeichen. Denn was auf den ersten Blick nach einer Lösung für Zuwanderungsfragen aussieht, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als gefährlicher Bumerang: Die Initiative bedroht den Wohlstand, die Versorgung und die Stabilität der Schweiz massiv. Zurecht bezeichnet die Politik die Forderung daher als Chaos-Initiative.

Bei Annahme ist Chaos vorprogrammiert

Besonders problematisch ist, dass die Initiative vorsieht, die Bevölkerung dauerhaft auf maximal 10 Millionen Menschen zu begrenzen. Schon bei 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sollen einschneidende Restriktionen greifen. Mit einer starren Obergrenze ist Chaos vorprogrammiert. In den kommenden Jahren werden deutlich mehr Menschen in Rente gehen, als Junge nachrücken. Damit müssten künftig immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Pensionierte aufkommen. Wird die Zuwanderung von dringend benötigten Arbeitskräften gestoppt, gerät die Schweiz in einen Teufelskreis: In Restaurants und Hotels, Spitälern, am Kiosk, an der ETH oder in der Exportwirtschaft – überall würden ausländische Arbeitskräfte fehlen. Die Initiative verschärft den bereits bestehenden Arbeitskräftemangel und setzt unsere Altersvorsorge zusätzlich unter Druck. Die Lebensqualität aller würde sinken und der Wohlstand der Schweiz wäre ernsthaft gefährdet. Ohne Zuwanderung droht zudem ein massiver Einbruch bei der Versorgung und der Finanzierung der Sozialwerke.

Keine echte Lösung – neue Probleme entstehen

Anstatt die tatsächlichen Herausforderungen der Zuwanderung konstruktiv anzugehen, schafft die Initiative somit zahlreiche neue Probleme. Die demografische Entwicklung – immer mehr Pensionierungen bei sinkender Geburtenrate – macht eine kontrollierte Zuwanderung unverzichtbar. Diese findet aber auch statt, wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit, wie durch die Initiative gefordert, kündigen würde. Statt aber dass die Nachfrage der Arbeitgeber dafür sorgt, dass die Zuwanderung arbeitsmarktbezogen stattfindet, würde wohl ein Kontingentsystem eingeführt. Dieses kannte die Schweiz vor der Einführung der Personenfreizügigkeit.

Ein Rückfall ins ineffiziente Kontingentsystem erhöht die Bürokratie und verteuert die Rekrutierung, ohne die Zuwanderung wirksam zu begrenzen. Es bleibt unklar, welche Branchen künftig auf dringend benötigte ausländische Arbeitskräfte verzichten sollen. Gerade für die Zukunft der Forschung, der Gastronomie und Hotellerie, des Gesundheitswesens sowie der Exportwirtschaft wäre dies ein herber Rückschlag. Die Politik müsste künftig mit immer schärferen Restriktionen und Notfallmassnahmen reagieren, was zu weiterer Unsicherheit und Instabilität führen würde.

Fazit: Ein Bumerang für die Schweiz

Die Chaos-Initiative löst kein einziges Problem, sondern schafft neue Risiken für Wohlstand, Versorgung und gesellschaftliche Stabilität. Statt starrer Obergrenzen braucht es gezielte Massnahmen zur Steigerung der Produktivität, zur besseren Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und zur konsequenten Umsetzung der Asyl-, Wohn- und Infrastrukturpolitik. Nur so bleibt die Schweiz auch in Zukunft ein attraktiver und prosperierender Standort. Eine Politik, die den Arbeitskräftemangel verschärft und gleichzeitig die Beziehungen zur EU aufs Spiel setzt, gefährdet die Lebensqualität und den Wohlstand aller in der Schweiz lebenden Menschen.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung